

stärken durchführe. Diese Konsequenzen sollen aus der veränderten Stellung zum Staate gezogen werden.

Um den sozialdemokratischen Arbeitern die Notwendigkeit dieser Mittelmaßnahme für die Imperialisten begreiflich zu machen, entfacht man eine wüste Hege gegen die Kommunisten und Sowjetrusland.

Die Ablehnung des Volkentscheids ist für den Vorwärts eine glatte Selbstverständlichkeit. Diese Stellung versucht man den SPD-Arbeitern mit folgender geradezu hahnhehischen Redensart zu machen:

„Der Volkentscheid, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, ist eine alte sozialdemokratische Forderung, aus dem Ersten Programm kam sie in die Reichsverfassung, und deshalb ist eine Beteiligung von Sozialdemokraten an einer kommunikativen Volkentscheidaktion ein offener Widerspruch. Der Volkentscheid ist ein Kattenkäfig von Verleumdungen, eine politische Hanswurstmacht ersten Ranges.“

Widerprüchlicher kann man wohl nicht begründen. Die Notiz zeigt die ganze Verlogenheit der Sozialimperialisten. „Der Volkentscheid ist die direkte Gesetzgebung durch das Volk“, er ist „eine politische Hanswurstmacht ersten Ranges“, aber er ist „eine alte sozialdemokratische Forderung aus dem Ersten Programm“. Diesen widersprüchlichen Unsinns wird heute abend Edel den Funktionären der SPD begründen. Was soll das heißen? Darf die SPD nur allein einen Volkentscheid einleiten? Wird denn die politische Hanswurstmacht Gesetzgebung durch das Volk? Wir sind der festen Überzeugung, mit diesem Verleumdungsfunktionärschicksal werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler nicht zufrieden geben.

Der Parteiausschuss der SPD hat gestern die Einheitsfront der Panzerkreuzerminister, des Parteivorstandes und der „linken“ Führer gegen den Volkentscheid gezeigt. Zur Bewilligung der zweiten Rate wurde nicht konfret Stellung genommen. Die Einleitung einer Programmkommission, die bis zu dem entl. im Februar nächsten Jahres stattfindenden Parteitag mit dem Zweck, die imperialistische Küstungspolitik in das Programm aufzunehmen, aufgestellt worden ist, ist die absolute Sanktion des Panzerkreuzerbaues.

Für die Arbeiterschaft hat dieser Parteiausschuss einen weiteren Schritt zur Klarheit geschaffen. Die Panzerkreuzerminister haben geklagt.

Arbeiter, macht Schluss mit den Helfern des Kapitals, alle Kraft zur Durchführung des Volkentscheids, das sei die Antwort der Arbeiter auf das neue Mandat der SPD.

Die Betriebe und die Massen für den Volkentscheid

Die Betriebsversammlung des Kupferwerks Bauhen nahm folgende Entschliessung an:

„Die am 8. September in der Klosterkirche tagende Betriebsversammlung des Kupferwerks Bauhen erhebt schärfsten Protest gegen das Verhalten der SPD-Minister im Reichskabinett und begrüßt den von der kommunistischen Partei eingeleiteten Volkentscheid gegen Panzerkreuzer und Kriegsgelände. Die Betriebsversammlung ist der Meinung, daß der Volkentscheid nicht nur den Kampf gegen den Panzerkreuzer A, sondern gegen die gesamte Küstung der deutschen Republik ist. Sie wird aus diesem Grunde die Vorarbeiten zum Volkentscheid mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.“

Gleichzeitig wurden drei Kollegen für ein Komitee gewählt.

Eine am Montag stattgefundene Versammlung des BSKW nahm folgende Resolution an:

„Die heute im Arbeiterheim Cotta tagende, von etwa 200 Arbeitern besuchte Betriebsversammlung des Verbandes für Freiheitskämpfer und Feuerbehalter erachtet es als ihre proletarische Pflicht, gegen den Bau des Panzerkreuzers A auf das schärfste zu protestieren. Sie begrüßt den Schritt der kommunistischen Partei auf Einleitung eines Volkentscheids als Mobilisierung aller Kräfte gegen die imperialistische Politik. Die Betriebsversammlung erachtet den Vorstand, in dem Ausschuss zur Vorbereitung des Volkentscheids in Cotta eingeschrieben.“

Eine am Sonnabend stattgefundene Versammlung des Siedlervereins Pirna nahm ebenfalls eine Entschliessung an, die sich entschieden gegen den Panzerkreuzerbau wendet und die Verwendung der Mittel für den Wohnungsbau fordert.

Zuspitzung in Genf

Cushendun fordert Deutschlands Unterwerfung unter das Diktat des englisch-französischen Imperialismus

Genf, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Völkerverversammlung sprach heute vormittag der englische Delegierte Lord Cushendun. Wie nicht anders zu erwarten, versuchte er einerseits, die vornehmlich gegen die Deutschen gerichtete aggressive Rede Briand's in ihrem Tone etwas abzumildern, in wesentlichen untertrieb er aber die gesamte politische Linie, die Briand in seiner Rede als das Programm des neuen englisch-französischen Bündnisses vortragen hatte. Die deutsche Delegation konnte aus der Rede Lord Cushendun's nur die erneute Aufforderung entnehmen, sich willig den Wünschen des englisch-französischen Imperialismus einzunordnen und gemeinsame Sache zu machen. Lord Cushendun führt u. a. aus: Als Mitglied der Vorberreitenden Abklärungskommission habe er ein sympathisches Verständnis für die Entschliessung über die Vorfälle des Fortschritts, die der deutsche Reichsforscher in seiner Rede ausgedrückt habe. Er teile diese Enttäuschung und sei sicher, daß auch andere Kommissionsmitglieder so dächten ...

Der Reichsforscher habe gesagt, es sei die dringende Aufgabe der Versammlung, einen Beschluß zu fassen, der die Hoffnungen auf Abrüstung in Wirklichkeit verwandelt. Er könne dieser Auffassung nicht beipflichten. Kein Beschluß der Versammlung könne diese Wirkung haben (1). Die Versammlung könne nur in einer Entschliessung den Wunsch nach Abschluß der Arbeiten und die Entschliessung, daß sie noch nicht vollendet seien, zum Ausdruck bringen (2)... Man müsse im Auge behalten, daß die Herabsetzung der Küstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Minimum in Einklang zu bringen sei. Hierüber müsse jeder Staat selbst urteilen und das noch gerade ausreichende Küstungsmass feststellen. Das sei sehr schwierig. Die Auslassung jedes Staates werde durch seine besonderen Interessen, seine Verhältnisse und seine geographische Lage bestimmt (3). Hierüber müsse man sich verständigen.

Lord Cushendun redet dann große Töne über die bereits erfolgte Abrüstung in Großbritannien seit Kriegsende, indem er mit völlig irreführenden Zahlen jongliert. Zum Schluss meint er, daß es der aufrichtigste Wille der britischen Regierung sei, die Verpflichtungen des Paktes auszuführen und den Boden für die gemeinsame Abrüstung vorzubereiten. Aus

Gefrickte Hoffnungen

Briand's Kriegsgrede — Die Bestürzung im Panzerkreuzerlager

Wie hieß es nur —?

Poincaré ist der Kriegsherr. Aber Briand ist der Friedensfreund. Poincaré ist für Völkervermehrung und für Imperialismus, aber Briand für Völkerverminderung und für Sozialismus. Poincaré und der Bürgerkrieg können sich nicht vertragen, daher keine Rheinlandräumung, keine Verringerung der Dameslasten, keine Beteiligung des Verfallener Verfallungsriebs. Aber Briand und eine soziale Regierung mit starkem sozialdemokratischen Einfluß werden alle Gegenstände aus der Welt schaffen, die Räumung der belebten Gebiete wird in schnellem Tempo folgen, die Parteien des Verfallener Vertrags werden beilegen, die Abrüstung energisch in Angriff genommen werden.

Wir erinnern uns nicht an die Robeshammen an Briand in der sozialdemokratischen Presse, an die betrügerischen Illusionen, die die SPD mit der Legende Briand verknüpfte?

Und heute —? Heute schreibt der Vorwärts, daß die Rede Briand's „Enttäuschung und Niedergerichtigkeit heranzuführen“. Diese Rede bedeutet einen Rückschlag in der auswärtigen Politik nicht nur Deutschlands und Frankreichs, sondern ganz Europas.“

Das ist die Sprache der betrogenen Betrüger. Sie haben wahrlich genügend Grund, zu miseln und zu jammern. Denn die Rede Briand's bedeutet eine Niederlage der gesamten, seit vielen Jahren verkündeten sozialdemokratischen Außenpolitik, wie man sie sich kaum vernichtender vorstellen konnte.

Insamten des fieberhaften Welterregens in allen kapitalistischen Staaten erklärt Briand, der edle Sozialist, daß eine Erhöhung der französischen Küstungen nicht statfindet, daß das Küstungswettrennen überhaupt eingestellt würde, daß Deutschland keine weiteren Konventionen in der Frage der Rheinlandräumung des Verfallener Vertrags, der Dameslasten, zu erwarten habe.

Zusammenbruch der Vorkamphoffnungen! Juniul Schläge auf einmal! Ergebnisse Verträge der deutschen Völkervermehrung, eine Korrektur der Rede Briand's zu erreichen. — Was nun?

Die sozialdemokratische und die demokratische Presse unternehmen den lässlichen Versuch, die Tragweite der französischen Kriegsgrede dadurch herabzusetzen, daß sie von einer Erregung und Mißstimmung Briand's schweizen, daß der Ausdruck Wollers vom „doppelten Gesicht der internationalen Politik“ herabgerufen haben soll.

In Genf aber sprach Briand nicht als Privatperson. Und dort sprach er nicht hohle auf Herrn Müller. In Genf sprach der französische Imperialismus, der vor kurzer Zeit mit dem englischen Imperialismus ein Bündnis abgeschlossen hat. In Genf sprach Briand als Beauftragter und Vertreter der englisch-französischen Kriegskolonie gegen die Sowjetunion.

Die Rede Briand's ist gleichzeitig der Ausdruck für die zunehmende Schärfe der Gegensätze zwischen den imperialistischen Räufern der ganzen Welt. Unter diesen Gegensätzen spielt der deutsch-französische Gegensatz eine große Rolle. Es war eine der gefährlichsten Lagen der deutschen Sozialdemokratie, daß die deutsch-französische „Verhandlung“ nur durch einige hoh-

wilige Friedensstörer verhindert wird. Ein imperialistisches Deutschland und ein imperialistisches Frankreich bleiben Konfuzenten! Sie kämpfen um die Hegemonie auf dem europäischen Festlande mit wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Mitteln.

Und wer steht hinter Briand? Paul-Boncour und die anderen Führer der französischen Sozialdemokratie, ebenso wie in Deutschland Müller und die anderen Panzerkreuzerloyalisten hinter Stresemann stehen. Die Rede Briand's ist die Antwort auf das Präfektör Räumungsgesetz der Zweiten Internationale und dokumentiert ebenso die Verlogenheit wie die völlige Ohnmacht der Zweiten Internationale.

Nationale Einheitsfront von Poincaré-Briand bis Boncour in Frankreich, von Stresemann, ja von den Deutschnationalen bis Müller in Deutschland! Man lese die warmen Worte der Anerkennung für Hermann Müller in der deutschnationalen „Vorkommung“, die ausdrückliche Feststellung, daß Müller nicht als Parteimann, sondern als Vertreter der deutschen Nation gesprochen habe!

Zunehmende Gegensätze zwischen den Sozialimperialisten, zunehmende kapitalistisch-sozialdemokratische Einheitsfront in allen imperialistischen Ländern; zwei Seiten ein und derselben Erscheinung.

Jules Sauerwein, der journalistische Klopffischer des französischen Finanzkapitals, erklärt: man muß jetzt „Schluß machen mit den Illusionen“. Man muß „realistisch“ die Dinge sehen. Nach Briand spricht davon, daß man mit den sentimentalen theatralischen Gesten (er meint die Abrüstungsteden) aufhören müsse.

Diese Worte haben tiefere Bedeutung. Die dünne pazifistische Haut des modernen Imperialismus ist dempft immer mehr zusammen. Das Fleisch und Blut; das ist der Krieg. Die Sprache des Krieges; die Sprache des Realismus. — Briand und Müller; ein und dieselbe Politik!

Werden die Arbeiter, werden die werktätigen Massen die ganze Tragweite der Genfer Ereignisse begreifen? Werden sie erkennen, daß die Vorkamphoffnung der Sozialdemokratie, die in Genf einen schmachvollen Zusammenbruch erlitt, derselbe Betrug an der deutschen Arbeiterschaft war, wie der Panzerkreuzerschwindel? Von selbst nicht! Unter Kampf gegen den pazifistischen Schwindel muß dafür sorgen, daß die breiten Massen die Lehre von Genf ebenso begreifen, wie die Lehre des Panzerkreuzers. Reht euch nicht verwirren durch das diplomatische Kämpfspiel! Die Wege der bürgerlichen Diplomatie sind kompliziert. Aber der Weg des Proletariats ist einfach und klar. Die Gegensätze zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus und damit zwischen den Sozialimperialisten dieser Länder werden im Zusammenhang mit der Weltlage immer größer. Das französische und das deutsche Proletariat haben aber dieselben Interessen! Schulter an Schulter werden die französischen und deutschen Arbeiter gegen die Kriegskolonie der Imperialisten in Paris und Berlin, zum Schutze der Sowjetunion, zum gemeinsamen Kampfe gegen das internationale Finanzkapital aufzurufen. Das wird unsere Antwort auf Genf sein!

Halbheit und Unehrlichkeit

Ein Mandat, um Zeit zu gewinnen

Berlin, 12. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Berliner Lokalanzeiger schreibt zu der Sitzung des Parteiausschusses: „Diese Entscheidung wird kaum imstande sein, den Miß, der durch die Partei geht, zu heilen. Was es auch gelingen kann, durch eine kräftige antikommunistische Propaganda dem Parteiausschuss zu einer einmütigen Stellungnahme zu verhelfen, der Kampf innerhalb der einzelnen Organe der Partei wird deshalb nicht nachlassen und die Abwanderung zu den Kommunisten wird nur noch in verstärkterem Maße eintreten. Auch die Absicht, in nächster Zeit das gesamte Wehrprogramm aufzustellen, dürfte nur ein Vorwand sein, um Zeit zu gewinnen und allmählich den Kampf auf eine andere Basis zu schieben, die im Grunde nichts mit der ursprünglichen Streitfrage zu tun hat.“

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Dieser Beschluß zeigt wieder so recht die Halbheit und Unehrlichkeit der sozialdemokratischen Politik. Einerseits lehnt der Parteiausschuss aus Organisationsgründen den Panzerkreuzer ab, andererseits deutet er aber nicht daran, klar darüber Farbe zu bekennen.“

Schweres Eisenbahnunglück in Mähren

25 Tote, viele Schwere und Leichtverletzte

Ein lurchtbares Eisenbahnunglück hat sich am Montag in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Bahnhof der Station Saly, 32 Kilometer von Brünn, vor der Grenzstation Lundenburg, ereignet. Bei dem Zusammenstoß wurden insgesamt 25 Personen getötet, davon 3 Frauen und 14 Männer auf der Stelle. Mann starb in Lundenburg, 1 Mann auf dem Transport in die Brünnener Krankenhaus, 1 Mann auf dem Transport in die Brünnener Krankenhaus, 1 Mann auf dem Transport in die Brünnener Krankenhaus. Der Zustand einer Anzahl Schwerverletzter ist beinahe hoffnungslos. Bisher wurden 18 Tote erkannt, die übrigen Leichen konnten noch nicht identifiziert werden, da die Körper lurchtbar verstümmelt sind und stellenweise keine Dokumente vorgefunden wurden. Sehr schwere Verletzungen erlitten 18 Personen, minder schwere Verletzungen über 50.

Die Ursache dieser lurchtbaren Katastrophe liegt, wie aus Brünn gemeldet wird, in falscher Weichenstellung, wodurch der Wiener Schnellzug auf den dort stehenden Güterzug aufstieß.

II. Wien, 11. September. Nach den hier vorliegenden Berichten aus Brünn wurde an der Stätte des Eisenbahnunglücks während der ganzen Nacht sicherhaft an der Bergung der Toten und Verwundeten gearbeitet. Die Aufräumungsarbeiten waren in den Dienstags Morgenstunden trotz übermenschlicher Anstrengung eines großen Aufgebots von Eisenbahnerpersonal, Gendarmen und mehreren Feuerwehren noch nicht beendet. Um 9 Uhr morgens wurden 25 Tote gemeldet. Die bereits geborgenen 18 Schwerverwundeten werden kaum alle am Leben bleiben, so daß sich die Totenzahl erhöhen wird. Der tschechische Eisenbahnminister weilt an der Unglücksstätte und leitet die Unterhandlung der Schuldfrage.

Vom Tage

Schweres Automobilunglück

II. Bochum, 12. September. Auf der Eifener Chaussee überfuhr sich ein mit sechs Personen besetztes Automobil aus Dortmund und geriet in Brand. Von den Insassen mußten vier mit schweren Brandwunden und anderen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden.

In der Scheune verbrannt

II. Saarbrücken, 12. September. In Völklingen brannte die Scheune eines Bergmannes nieder. Das drei Jahre alte Kind des Bauers kam dabei vor den Augen der Eltern in den Flammen um.

Belgischer Kohlenarbeiterstreik

II. Brüssel. Auf den Kohlenwerken von Streps Bracquagnies bei Mons haben 3000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Streik in der Abrique Nationale d'Armes de Guerre dauert an.

Riesenbrand bei Patavia

II. Amsterdam. Wie aus Patavia gemeldet wird, brach in einer Ortschaft in der Nähe der Stadt ein Brand aus, der an den aus Sandstocher gebauten Wohnhäusern reiche Nahrung fand und in kurzer Zeit fast das ganze Dorf dem Erdboden gleich machte. Etwa 600 Personen haben ihr ganzes Vermögen verloren.

Eisenbahnunglück auch in Japan

II. Tokio, 11. September. In der Nähe Osaka's entgleiste ein D-Zug. Vier Personen wurden getötet und 11 teils schwer, teils leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt.

Japan nimmt dem Hottentotblommen zu

II. London, 11. September. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist in der letzten Kabinettsitzung beschlossen worden, London nichtamtlich zu verständigen, daß die japanische Regierung dem Hottentotblommen grundsätzlich zustimme, keine Inkraftsetzung aber als sehr schwierig ansehe. La Amerika noch nicht Stellung genommen habe, werde Japan seine amtliche Antwort vorläufig zurückstellen.